

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Brandenburg sichern - Empfehlungen der Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Regionen“ umsetzen

Der Landtag stellt fest:

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist und bleibt ein grundlegendes Ziel der Landespolitik. Es ist darauf gerichtet, in den unterschiedlichen Teilräumen des Landes und für alle sozialen Gruppen einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge zu sichern. Dies schließt die Berücksichtigung zukünftiger Anforderungen wie die Bewältigung des Klimawandels und die Digitalisierung ein.

Voraussetzung ist, dass Leistungen der Daseinsvorsorge, die in unterschiedlicher Zuständigkeit und Verantwortung liegen, durch die Landesregierung ressortübergreifend bearbeitet und betrachtet werden. Kommunen bzw. örtliche Gemeinschaften müssen dabei unterstützt werden, die für ihre Bedingungen erforderlichen konkreten Ausgestaltungen der Infrastrukturen vorzunehmen.

Das Land Brandenburg hat mit der Beendigung der Arbeit der Enquetekommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ einen umfangreichen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen vorliegen. Auf der Grundlage dieses Berichtes und der zahlreichen dazugehörigen durch die Enquetekommission beauftragten Studien muss es in dieser Wahlperiode um die Umsetzung der gegebenen Empfehlungen gehen.

In Würdigung der engagierten Arbeit der Enquetekommission 6/1 ist sicherzustellen, dass die Erkenntnisse der Kommission zur Durchsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Tätigkeit aller Fachministerien der Landesregierung konsequent berücksichtigt und praktisch umgesetzt werden. Dabei besteht eine besondere Verpflichtung zur Nachhaltigkeit.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. für eine genauere Einschätzung der Lebensverhältnisse im Land die Grundlagen für einen wertenden Vergleich zu bestimmen bzw. festzulegen. Es sollen Indikatoren bzw. quantitative und qualitative Faktoren spezifiziert und entwickelt werden, die eine Einschätzung der Lebensverhältnisse in den einzelnen Landesteilen ermöglichen und bewerten. Diese Betrachtung soll flächendeckend für das Land erfolgen. Auf dieser Grundlage lassen sich Handlungsbedarfe hinsichtlich relevanter Aspekte der Daseinsvorsorge ermitteln und als Orientierung für die Arbeit in den einzelnen Fachressorts bestimmen.

Eingegangen: 12.11.2019 / Ausgegeben: 12.11.2019

2. eine entsprechende Förderstruktur für Räume mit einem besonderen Handlungsbedarf zu entwickeln, die an Hand dieser qualitativen und quantitativen Faktoren identifiziert werden. Diese soll angemessene Infrastrukturausstattungen entsprechend der unterschiedlichen Räume ermöglichen. Angestrebt werden soll ein Ausgleich hinsichtlich anzustrebender Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die finanziellen Mittel können durch eine Bündelung und Aufstockung bereits bestehender Förderinstrumente bereitgestellt werden. Hierzu soll die Landesregierung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.
3. alle Empfehlungen der Enquetekommission unter Federführung der Staatskanzlei den jeweiligen zuständigen Ressorts zuzuordnen und einen Umsetzungsplan mit finanzieller Bewertung und zeitlicher Zielsetzung für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zu erarbeiten.
4. die Ergebnisse dieser Aufträge bis Ende 2020 dem Landtag vorzulegen und danach dem Landtag jährlich einen Bericht zur Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Die Enquetekommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Räume vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ hat im Bereich der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse konkreten Handlungsbedarf festgestellt.

Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist Verfassungsgebot und insbesondere für die Attraktivität des ländlichen Raumes von großer Bedeutung.

Dabei geht es nicht um einen allgemeinen Gleichwertigkeitsvergleich zwischen Stadt und Land oder unterschiedlichen Regionen, sondern es geht vielmehr darum, mit dem Vergleich bessere Voraussetzungen zu schaffen, um in den differenzierten Räumen lebenswerte und zukunftsfähige Entwicklungen zu gewährleisten. Mit diesem Ziel sind Defizite in einzelnen Regionen aufzuzeigen.

Der Begriff Lebensverhältnisse charakterisiert das gesamte soziale, wirtschaftliche und politische Umfeld der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Das betrifft die zentralen Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit, Einkaufen, Erholung, soziale Leistung usw., in deren konkreter Vielfalt sich der Lebenswert und somit die Gleichwertigkeit zeigen.

Der Handlungsauftrag der EK 6/1 war längerfristig angelegt, die Umsetzung der Erkenntnisse ist es ebenso. Insofern verdient die Sicherung der Nachhaltigkeit der Umsetzung besondere Aufmerksamkeit.